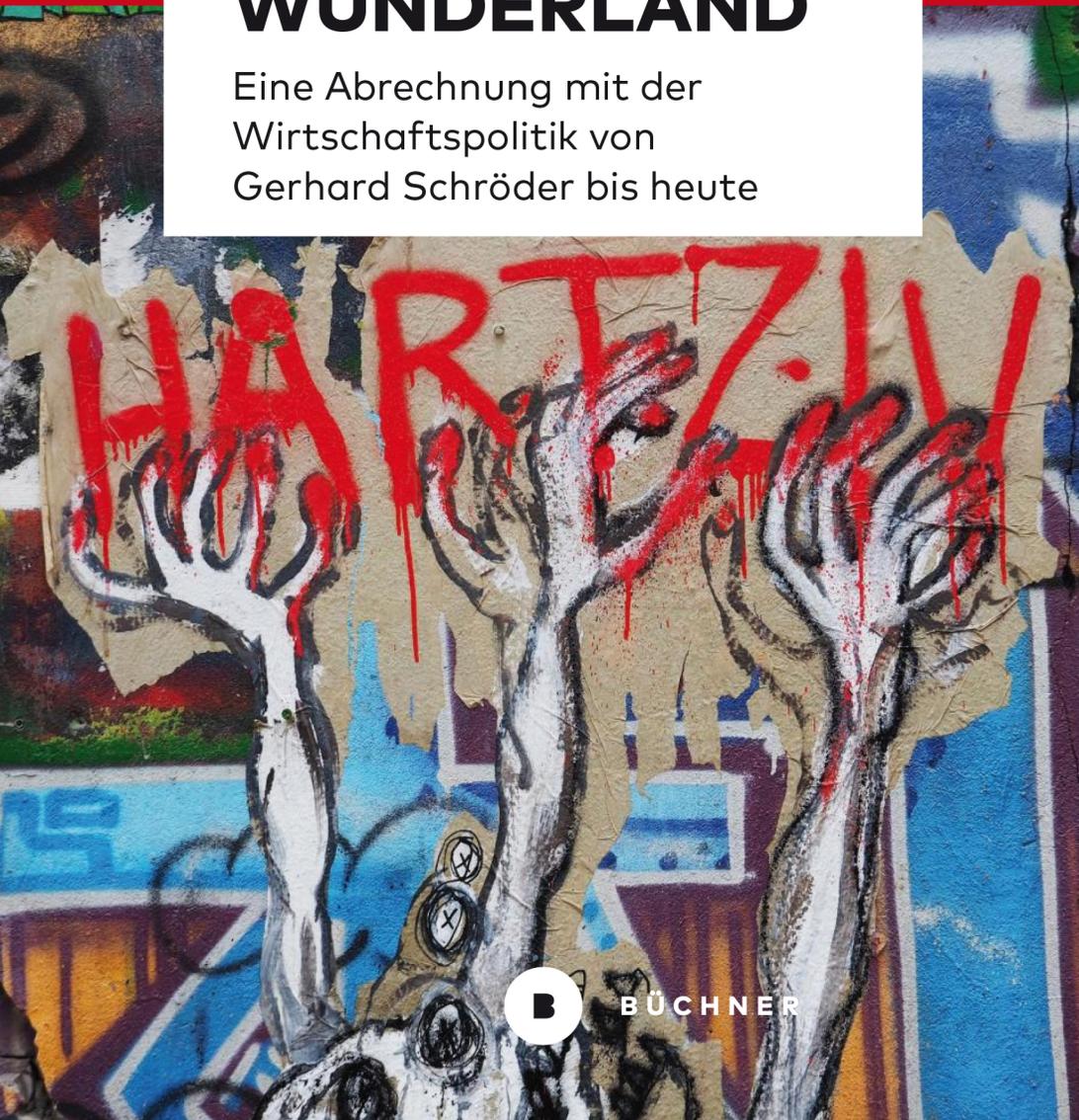


KAI EICKER-WOLF

WIRTSCHAFTS WUNDERLAND

Eine Abrechnung mit der
Wirtschaftspolitik von
Gerhard Schröder bis heute



BÜCHNER

WIRTSCHAFTSWUNDERLAND

Kai Eicker-Wolf

WIRTSCHAFTSWUNDERLAND

Eine Abrechnung mit der Wirtschaftspolitik
von Gerhard Schröder bis heute



BÜCHNER

Besuchen Sie uns im Internet:
www.buechner-verlag.de

ISBN (Print) 978-3-941310-82-7

ISBN (ePDF) 978-3-941310-90-2

Copyright © 2017 Büchner-Verlag eG, Darmstadt

Satz und Umschlaggestaltung: DeinSatz | Layout und Lektorat Marburg
Bildnachweis Umschlag: picture alliance © Wolfram Steinberg

Das Werk, einschließlich all seiner Teile, ist urheberrechtlich durch den Verlag geschützt. Jede Verwertung ist ohne die Zustimmung des Verlags unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie, detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

INHALT

Vorwort	7
1 Einleitung	9
2 Wirtschaftliche Entwicklung und Wirtschaftsstruktur in Deutschland seit der Jahrtausendwende	13
2.1 Die wirtschaftliche Entwicklung seit dem Jahr 2000	13
2.2 Die Eurokrise	33
2.3 Zur Entwicklung des deutschen Außenhandels und der deutschen Wirtschaftsstruktur seit dem Jahr 2000	41
3 Kreislaufzusammenhänge und die Verteilung von Einkommen und Vermögen	53
3.1 Die Entwicklung der Verteilung in Deutschland	53
3.2 Interpretation der empirischen Befunde auf Basis der Kaleckianischen Verteilungstheorie	60
4 Zentrale Strukturprobleme der deutschen Wirtschaft	71
4.1 Der Investitionsstau im Bereich der öffentlichen Infrastruktur	71
4.2 Die Lücke im Bereich der sozialen und gesellschaftsorientierten Dienstleistungen	75
4.2.1 Pflegenotstand abwenden	78
4.2.2 Soziale Diskriminierung im Bildungssystem beseitigen	95

5	Verteilungspolitische Bausteine einer sozialen Wachstums-Agenda	115
5.1	Stabilitätsorientierte Entwicklung der Lohneinkommen	117
5.2	Strukturelle Unterfinanzierung der öffentlichen Hand beseitigen	120
6	Schlusswort	125
	Literaturverzeichnis	129
	Anmerkungen	145

VORWORT

Nach außen anscheinend erfolgreich, bei näherem Hinschauen aber mehr als kritikwürdig: Die von der rot-grünen Schröder/Fischer Regierung auf den Weg gebrachten – und von den Merkel Regierungen weitgehend fortgesetzten – wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen führen immer mehr in die Sackgasse und verschärfen international wie national die gesellschaftlichen Probleme.

So muss die aktuelle europäische Krise, und mit ihr die insbesondere in den südeuropäischen Ländern massiv durchgesetzte Verelendung breiter Bevölkerungsteile, als ein Ergebnis dieser Politik gesehen werden. Die auf Sozial- und Staatsabbau im Inneren aufbauende aggressive Exportstrategie der deutschen Wirtschaft, die im gleichen Währungsraum strukturbenachteiligte Nationalökonomien mehr und mehr an den Rand drängt, ist maßgeblich dafür verantwortlich.

Auch im eigenen Land führt sie – trotz steigender Beschäftigtenzahlen – zu einer immer größeren sozialen Spaltung zwischen Benachteiligten und Bevorzugten. Dabei wirkt der Staatsabbau als Katalysator. Egal ob die öffentliche Infrastruktur wie Straßen, Gebäude, Bibliotheken, Schwimmbäder und andere Sporteinrichtungen oder die Bereiche Gesundheit, Pflege und Bildung: Sie alle verfallen, werden geschlossen oder abgebaut. Nicht zu schweigen vom Verscherbeln öffentlichen Vermögens durch Verkauf und Privatisierung profitabler Teile.

Im Bildungsbereich erleben wir die Folgen dieser Politik ganz unmittelbar:

- In den Bildungseinrichtungen gibt es eine immer größere Zahl benachteiligter Kinder, die von Armut betroffen sind und deren El-

tern schon bei der Einschulung nicht wissen, wie sie die Schultüten füllen sollen.

- Besonders in Hessen wurde die Arbeit der Lehrkräfte systematisch durch Nullrunden bei der Besoldung über Jahre hinweg abgewertet.
- Schulgebäude leben von der Substanz und verfallen immer mehr.
- Insgesamt bleibt die Ausstattung des Bildungssektors – trotz ständiger Sonntagsreden – weit hinter den Erfordernissen zurück.

Besonders schlimm wird es aus meiner Sicht, wenn dies – im Kontext von Staatsabbau und Schuldenbremsenpolitik – auch noch als ‚generationengerecht‘ bezeichnet wird. Diese Argumentation ist nichts anderes als der Versuch, die massive soziale Schieflage durch einen vermeintlichen Generationenkonflikt zu verdecken und in den Hintergrund zu drängen. Die krasse Unterfinanzierung von Bildung und die Schließung von Bibliotheken, Schwimmbädern usw. sind sicher *nicht* im Interesse von jungen Menschen!

Kai Eicker-Wolf arbeitet seit Jahren an diesen Themen und hat den Gewerkschaften immer wieder fundierte ökonomische und finanzpolitische Expertisen zur Verfügung gestellt. Sein neues Buch ist für all diejenigen wichtig, die für eine bessere, sozialere und damit auch friedlichere Welt eintreten. Es belegt nicht nur eindrücklich die destruktiven Wirkungen der weiterhin aktuellen – einst von Gerhard Schröder eingeschlagenen – Pfade der deutschen Wirtschaftspolitik. Es präsentiert auch Lösungsansätze für eine sozialere und damit generationengerechte Politik.

Jochen Nagel
Vorsitzender der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft Hessen
(GEW Hessen)

1 EINLEITUNG¹

Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen rund zehn Jahren gilt als gut, oft wird sie sogar als vorbildlich angesehen: Die Anfang des Jahres 2005 noch auszumachende Arbeitslosigkeit in Höhe von fast 5,3 Millionen Personen ist auf aktuell (April 2017) rund 2,6 Millionen gefallen. Dementsprechend hat sich auch die Arbeitslosenquote in diesem Zeitraum mehr als halbiert. Und während die staatlichen Haushalte in vielen europäischen Ländern hohe Defizite und Schuldenstände infolge der Weltwirtschafts- und der Eurokrise aufweisen, beträgt der Überschuss des deutschen Staatssektors im Jahr 2016 immerhin 19 Milliarden Euro – das entspricht 0,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Häufig wird dieses durchaus positive Bild der deutschen Wirtschaft mit wirtschaftspolitischen Weichenstellungen seit der Jahrtausendwende in Verbindung gebracht. Besonders oft ist die These zu hören, dass die vergleichsweise gute wirtschaftliche Entwicklung nach 2005 und die schnelle Überwindung der Weltwirtschaftskrise auf die Politik der sogenannten Agenda 2010 und die Hartz-Reformen zurückzuführen seien. Für die Überwindung von krisenhaften Entwicklungen in Europa hätten diese von der SPD/Grünen-Bundesregierung getroffenen, neoliberalen Vorstellungen folgenden Maßnahmen mithin Vorbildcharakter. CDU-Kanzlerin Merkel ist sogar der Ansicht, dass sich Gerhard Schröder als Agenda-Kanzler „um Deutschland verdient gemacht“ habe.²

Neben der positiven Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung ist allerdings eine immer ungleichere Verteilung auszumachen: Die Armut von Kindern und Rentnern steigt, die Mittelschicht schrumpft, und die Ungleichverteilung der Vermögen fällt im Vergleich zu vielen anderen Ländern besonders groß aus. Hinzu kommt, dass Deutschland aufgrund

seines sehr hohen Außenhandelsüberschusses in der Kritik steht: Immer wieder werden im interantionalen Umfeld Stimmen laut, die Deutschland zu einer expansiveren Wirtschaftspolitik drängen.

Das vorliegende Buch will die Frage beantworten, wie die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland seit dem Jahr 2000 zu erklären und wie sie zu bewerten ist. Dabei steht die Analyse von gesamtwirtschaftlichen Nachfrage- und Verteilungsaggregaten im Vordergrund. Beleuchtet werden in diesem Kontext aber auch Veränderungen der Wirtschaftsstruktur – das heißt, es wird danach gefragt, welchen Entwicklungspfad die Produktionsstruktur der deutschen Wirtschaft in der jüngeren Vergangenheit beschritten hat.

Im folgenden **2. Kapitel** werden zunächst die positiven Wirkungen von Agenda-Politik und Hartz-Gesetzen auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung diskutiert – und zwar sowohl mit Bezug auf die Überwindung der Weltwirtschaftskrise im Jahr 2009 als auch in Hinblick auf die positive Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung seit dem Jahr 2005. Weitere Themen des 2. Kapitels sind die Bedeutung der deutschen Exportüberschüsse für die Eurokrise und die Entwicklung der deutschen Wirtschaftsstruktur vor dem Hintergrund einer starken Ausweitung des Außenhandels.

Gegenstand des **Kapitels 3** ist zunächst die Veränderung der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland. Daran anknüpfend wird die im Kapitel 2 skizzierte wirtschaftliche Entwicklung im Kontext kreislauftheoretischer Zusammenhänge und mit Rückgriff auf die Verteilungstheorie des polnischen Ökonomen *Michał Kalecki* interpretiert.

Im **4. Kapitel** werden strukturpolitische Fehlentwicklungen und Herausforderungen diskutiert. Aufgrund einer *strukturellen Unterfinanzierung* der öffentlichen Hand bestehen in Deutschland zum einen erhebliche Defizite bei der staatlichen Infrastruktur. Unterfinanziert sind zum anderen mit den Bereichen Gesundheit und Pflege sowie Erziehung und Bildung soziale und gesellschaftsorientierte Dienstleistungen, für deren Finanzierung die öffentliche Hand verantwortlich ist.

Im abschließenden **5. Kapitel** werden Lösungs- bzw. Finanzierungsvorschläge für die dargestellten verteilungs- und strukturpolitischen Pro-

bleme skizziert. Verschiedene Maßnahmen werden genannt, um zu einer – gerade auch mit Blick auf den hohen deutschen Außenhandelsüberschuss – stabilitätsgerechten Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen zu gelangen. Daran anschließend wird eine Korrektur der verfehlten Steuer- und Abgabepolitik der vergangenen Jahre vorgeschlagen.

Ein kurzer Hinweis sei an dieser Stelle noch zur Datenbasis und zur Literaturgrundlage gemacht. Die hier verwendeten, aus öffentlichen Quellen wie dem Statistischen Bundesamt, der Ameco-Datenbank usw. stammenden Zahlen behandeln in der Regel den Zeitraum bis 2016 – der Stand der letzten Aktualisierung ist April 2017.

2 WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG UND WIRTSCHAFTSSTRUKTUR IN DEUTSCHLAND SEIT DER JAHRTAUSENDWENDE

2.1 Die wirtschaftliche Entwicklung seit dem Jahr 2000

Die jüngste Entwicklung und der gegenwärtige Zustand der deutschen Wirtschaft gelten wie bereits einleitend erwähnt als gut. Diese häufig zu hörende Einschätzung ist – gemessen an zentralen makroökonomischen Indikatoren – auch durchaus nachvollziehbar. Bemerkenswert sind vor allem das vergleichsweise kontinuierliche Wirtschaftswachstum und der damit verbundene Beschäftigungsanstieg seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts, und dass die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise außer einem kräftigen Einbruch des Wirtschaftswachstums im Jahr 2009 keine dramatischen wirtschaftlichen Schäden in Deutschland angerichtet hat.

Die Tabellen 1 und 2 auf der nächsten Seite veranschaulichen die gerade im internationalen Vergleich gute wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands ab dem Jahr 2006. Ganz anders stellt sich die Situation in den ersten fünf Jahren nach der Jahrtausendwende im Vergleich zu den großen Ländern in Europa sowie dem EU- bzw. dem Euroraum-Durchschnitt und auch zu den USA dar: Das deutsche jahresdurchschnittliche Wirtschaftswachstum fällt deutlich schlechter aus und erreicht im Zeitraum 2001 bis 2005 mit 0,6 Prozent nicht einmal ein Drittel des Wertes der EU (Tabelle 1). Entsprechend schlecht ist auch die Entwicklung der Beschäftigtenzahl (Tabelle 2), und im Jahr 2005 liegt die Arbeitslosenquote mit einem Jahreswert von gut elf Prozent deutlich über den Werten der EU, des Euroraums und der USA (Abbildung 1).

Tabelle 1: Jahresdurchschnittliches bzw. jährliches Wachstum des realen BIP in verschiedenen Ländern 2001–2016

Zeitraum	Deutschland	EU	Euro-raum	Frankreich	Großbritannien	Italien	Spanien	USA
2001-2005	0,6	1,9	1,5	1,7	2,8	0,9	3,4	2,5
2006-2008	2,7	2,2	2,2	1,6	1,5	0,8	3,0	1,4
2009	-5,6	-4,4	-4,5	-2,9	-4,3	-5,5	-3,6	-2,8
2010-2016	2,0	1,3	1,1	1,1	2,0	-0,1	0,3	2,1

Quelle: Ameco-Datenbank, eigene Berechnungen.

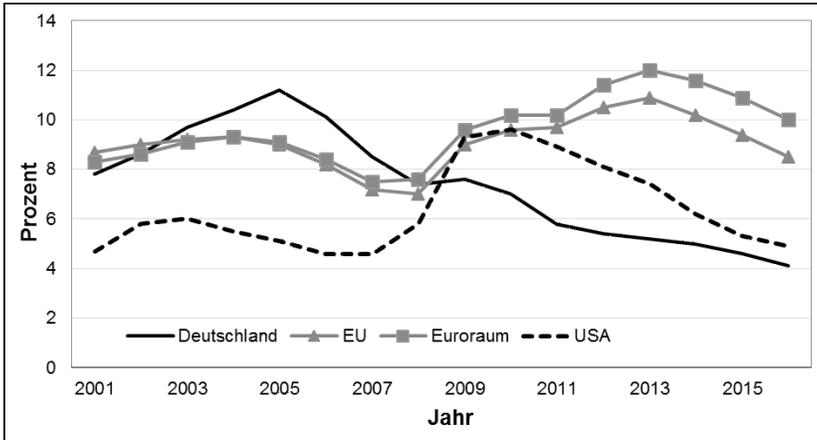
Tabelle 2: Entwicklung der Beschäftigtenzahl (jahresdurchschnittliche Veränderungsrate) in verschiedenen Ländern 2001–2016

Zeitraum	Deutschland	EU	Euro-raum	Frankreich	Großbritannien	Italien	Spanien	USA
2001-2005	-0,3	0,5	0,8	0,5	1,0	1,3	3,5	0,7
2006-2008	1,3	1,5	1,5	1,0	0,9	1,1	2,5	0,8
2009	0,1	-1,7	-1,9	-1,1	-1,6	-1,7	-6,3	-3,7
2010-2016	0,9	0,3	0,2	0,5	1,2	-0,1	-0,7	1,1

Quelle: Ameco-Datenbank, eigene Berechnungen.

In den Jahren 2006 bis 2008 wächst die deutsche Wirtschaft dann stärker als die EU und der Euroraum insgesamt, die Zahl der Beschäftigten steigt und die Arbeitslosenquote verringert sich bis zum Jahr 2008 um immerhin drei Prozentpunkte auf rund acht Prozent. Zwar bricht die deutsche Wirtschaft dann im Jahr der Weltwirtschaftskrise mit 5,6 Prozent sehr stark ein, aber die Zahl der Beschäftigten verringert sich im Gegensatz zu den in Tabelle 2 enthaltenen Ländern bzw. Wirtschaftsräumen nicht; auch die Arbeitslosenquote verharrt auf dem Niveau des Jahres 2008. Im dann folgenden Zeitraum 2010–2016 entkoppelt sich die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland vom Durchschnitt der EU und dem Euroraum deutlich nach oben: Das Wirtschaftswachstum führt mit durchschnittlich 2,0 Prozent zu einem Beschäftigungswachstum von rund einem Prozent im Jahresdurchschnitt. Während EU und Euroraum mit hohen Arbeitslosenquoten von teilweise über zehn Prozent zu kämpfen haben, sinkt die Quote in Deutschland kontinuierlich auf gut vier Prozent im vergangenen Jahr.

Abbildung 1: Die Arbeitslosenquote in Deutschland, der EU, dem Euroraum und den USA 2000–2016



Quelle: Ameco-Datenbank.

Auch der Saldo der öffentlichen Haushalte und die staatliche Verschuldung in Deutschland weisen eine bessere Entwicklung auf als in der EU, dem Euroraum und den USA (Abbildung 2 und 3). Auffällig ist dabei, dass Deutschland in den Jahren seit 2014 Überschüsse im Staatshaushalt aufweist (zwischen 0,3 und 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung), und dass die Schuldenstandsquote – also das Verhältnis von Staatsverschuldung zur Wirtschaftsleistung – von 2012 bis 2016 um immerhin fast zwölf Prozent auf zuletzt 68,2 Prozent gefallen ist. Im Gegensatz dazu haben die Quoten der EU, des Euroraums und der USA eine nur leicht fallende oder sogar noch immer steigende Tendenz. Die Schuldenstandsquoten der europäischen Ländergruppen und der USA liegen zuletzt klar über dem deutschen Wert.